



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 04. September 2012

P125200

Schriftliche Anfrage Heidi Mück betreffend Zukunft von Spezialangeboten der Volksschule

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Der Gesetzgeber auf Bundes- und auf kantonaler Ebene erteilt der Volksschule den Auftrag, Schulpflichtige mit Behinderungen und anderem besonderem Bildungsbedarf wenn immer möglich an einem Regelstandort integrativ zu schulen. Zu diesem Zweck erhalten Schulleitungen und Lehrpersonen der Regelschulen Zeit, Förderressourcen, Beratung und Gestaltungsraum. Die Umsetzung des integrativen Ansatzes erfolgt gestaffelt über eine längere Dauer und mit Augenmass. Zu Gunsten des Kindeswohls und um zu verhindern, dass die Schulen überfordert werden, gibt es auch weiterhin die Möglichkeit, Lernende auszusondern und in staatlichen Spezialangeboten und privaten Sonderschulen einzugliedern. Für diesen Zweck stehen genügend Plätze und Ressourcen zur Verfügung.

Die Plätze in den Spezialangeboten bleiben erhalten, sie müssen aber im Rahmen der Strukturänderung teilweise neu lokalisiert werden. Das wird auf der Primarstufe weiterhin in einem geschützten örtlichen Rahmen möglich sein.

